

Juli 2016

Bernhard Bartsch

Das Ende der Panda-Politik

Deutschland genießt zu China ein Sonderverhältnis – noch. Doch je mehr der politische und wirtschaftliche Wettbewerb zunimmt, umso mehr muss sich Deutschland auf Konflikte einstellen. Starken deutschen Interessen stehen bisher oft nur schwache Instrumente zur Verfügung.

Irgendwo in den Bambuswäldern der westchinesischen Provinz Sichuan wird derzeit ein Panda-Pärchen auf seinen Einsatz in Deutschland vorbereitet. Im Sommer 2017 sollen sie mit Chinas Präsident Xi Jinping nach Berlin reisen und dort im Zoo ihren Dienst antreten, als chinesische Botschafter der Herzen. Pandas muss man einfach lieben: Sie sind putzig, schutzbedürftig und ernähren sich friedlich vegan. In Peking wünscht man sich, die globale Sympathie für Chinas Nationaltier würde dem ganzen Land gelten, weswegen die „Panda-Diplomatie“ seit langem Teil der chinesischen Soft-Power-Bemühungen ist.

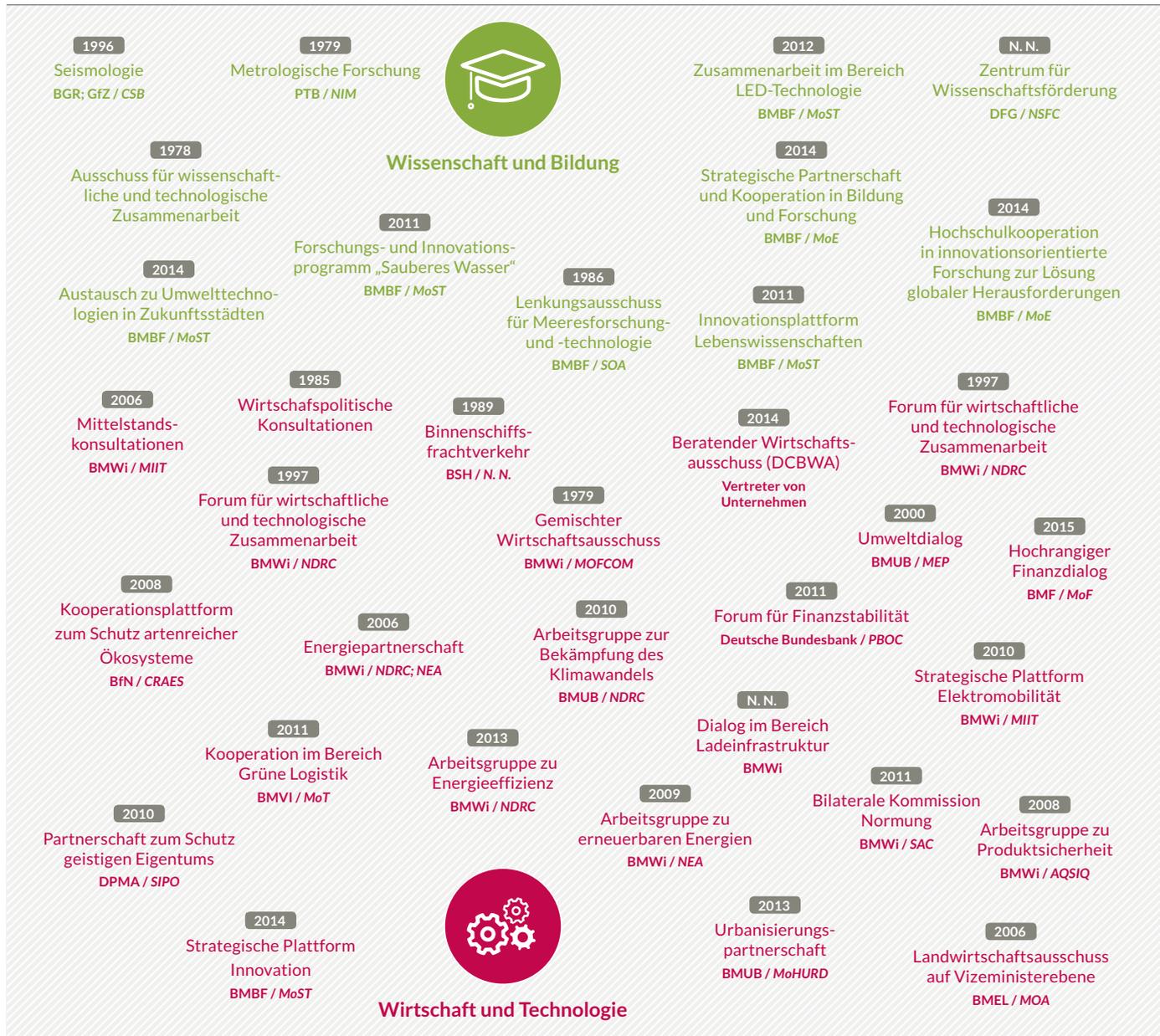
Doch symbolträchtig sind nicht nur die Bären selbst, sondern auch die mühsamen Verhandlungen, die ihrer Entsendung vorausgingen. Während Deutschlands

erstes Panda-Paar 1980 noch unkompliziert als Staatsgeschenk für den damaligen Kanzler Helmut Schmidt nach Berlin kam, wurde um ihre Nachfolger mehrere Jahre lang auf höchster Regierungsebene gerungen. Es ging um politische Bedingungen, den rechtlichen Rahmen und viel Geld (offiziell sind die Pandas diesmal kein chinesisches Geschenk, sondern werden als Teil eines eigens dafür gegründeten bilateralen Forschungsprojekts nach Deutschland ausgeliehen).

Die Pandas sind der kuschelige Teil der deutsch-chinesischen Beziehungen. In anderen Bereichen wird der Kontakt zunehmend härter; eine Tatsache, die Deutschlands Politik und Wirtschaft mit wachsender Beunruhigung beobachten. Lange war das Verhältnis vor allem komplementär: Deutsche Innovationskraft und Chinas Modernisierung ergänzten sich ideal. Doch inzwischen richtet sich die Aufmerksamkeit zunehmend auf den wirtschaftlichen und auch politischen Wettbewerb – und auf die Konflikte, die daraus entstehen könnten.

Bernhard Bartsch ist Senior Expert im Programm „Deutschland und Asien“ der Bertelsmann Stiftung.

Deutsch-chinesische Dialogformate



Abkürzungsverzeichnis

Deutschland:

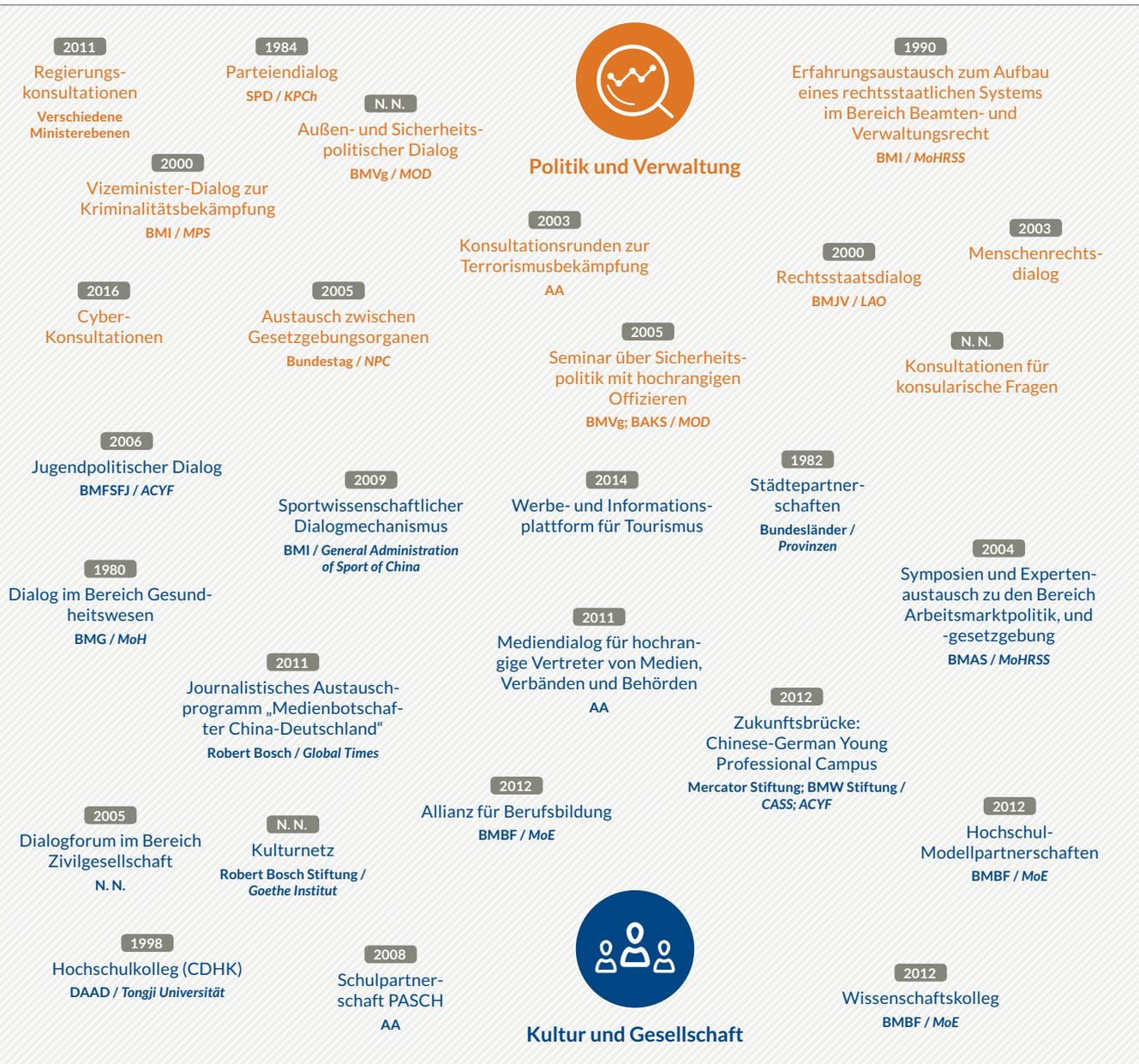
AA – Auswärtiges Amt
 BAKS – Bundesakademie für Sicherheitspolitik
 BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
 BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales
 BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung
 BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
 BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
 BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
 BMG – Bundesministerium für Gesundheit
 BMI – Bundesministerium des Innern
 BMJV – Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz
 BMVg – Bundesministerium der Verteidigung

BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
 BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 BSH – Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie
 BfN – Bundesamt für Naturschutz
 DAAD – Deutscher Akademischer Austauschdienst
 GfZ – Deutsches GeoForschungsZentrum Potsdam
 DFG – Deutsche Forschungsgemeinschaft
 DPMA – Deutsches Patent- und Markenamt
 PTB – Physikalisch-technische Bundesanstalt

China:

ACYF – All-China Youth Federation
 AQSIQ – General Administration of Quality Supervision, Inspection and Quarantine

Quelle: Eigene Darstellung



CASS – Chinese Academy of Social Sciences
 CRAES – Chinese Research Academy of Environmental Sciences
 CSB – Chinese Seismic Bureau
 LAO – Legislative Affairs Office of the State Council, P. R. China
 MEP – Ministry of Environmental Protection
 MIIT – Ministry of Industry and Information Technology
 MOA – Ministry of Agriculture
 MOD – Ministry of National Defence
 MoE – Ministry of Education
 MoF – Ministry of Finance
 MOFCOM – Ministry of Commerce
 MoH – Ministry of Health
 MoHRSS – Ministry of Human Resources and Social Security

MoHURD – Ministry of Housing and Urban-Rural Development
 MoST – Ministry of Science and Technology
 MoT – Ministry of Transport
 MPS – Ministry of Public Security
 NDRC – National Development and Reform Commission
 NEA – National Energy Administration
 NIM – China International Institute of Metrology
 NPC – National People’s Congress
 NSFC – National Natural Science Foundation of China
 PBOC – People’s Bank of China (Zentralbank)
 SAC – Standardization Administration
 SIPO – State Intellectual Property Office of China
 SOA – State Oceanic Administration

Zwar gilt es aus gutem Grund als Gebot der unternehmerischen und diplomatischen Vernunft, Verwerfungen nicht unnötig herbeizureden. Doch in vertraulichen Gesprächsrunden diskutieren deutsche Manager und Politiker inzwischen offen, wie lange sich Deutschland noch auf die Harmonie im deutsch-chinesischen Verhältnis verlassen kann, und wie sich Deutschland China gegenüber künftig positionieren sollte. Starke deutsche Interessen stehen bisher oft nur schwache Instrumente zur Verfügung.

Sonderverhältnis mit Bruchstellen

Noch genießt Deutschland zu China ein Sonderverhältnis. Beide Länder sind füreinander politische und wirtschaftliche Schlüsselpartner. Kein anderes europäisches Land ist mit China enger verflochten. Mehr als 60 Dialogformate betreiben Deutschland und China miteinander (siehe Abbildung 1). Das prominenteste davon sind die Regierungskonsultationen. Zuletzt reiste die deutsche Kanzlerin dafür im Juni 2016 mit sechs Ministern und fünf Staatssekretären nach Peking. Deutschland ist das einzige Land, mit dem China regelmäßig Kabinettsitzungen auf Ebene der Regierungschefs abhält.

Wirtschaftlich sind die beiden Länder füreinander der jeweils wichtigste Handelspartner auf dem anderen Kontinent. Exporte in die Volksrepublik machen rund zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts aus (siehe Abbildung 2). Für manche Großkonzerne oder mittelständische Technologieunternehmen ist China sogar ein regelrechter Schicksalsmarkt. Mehr als 5.000 deutsche Firmen sind heute in China aktiv, über 1.000 chinesische Unternehmen in Deutschland. An deutschen Hochschulen bilden Chinesen seit vielen Jahren die größte Gruppe ausländischer Studierender (aktuell rund 23.000) und schaffen damit auch auf persönlicher und gesellschaftlicher Ebene ein immer dichter werdendes Netz an Verbindungen.

Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen sind inzwischen so eng, dass eine grundsätzliche Erschütterung der Beziehungen durch einzelne Konflikte schwer vorstellbar scheint. Doch je weiter sich das Verhältnis entwickelt, umso komplexer wird es auch. China ist auf der Weltbühne kein Panda, der sich ausschließlich sympathisch, schutzbedürftig und friedliebend verhält. Seine In-

teressen vertritt China mit wachsender Konsequenz und Vehemenz. Das ist Pekings gutes Recht, zwingt aber auch Deutschland, seinerseits eigene Interessen und Instrumente zu ihrer Umsetzung zu überdenken. Drei aktuelle Diskussionen zeigen, wo Bruchstellen liegen, an denen die harmonische Grundstimmung in den deutsch-chinesischen Beziehungen gefährdet ist.

Beispiel 1: Kuka

Der Name Kuka wurde im Sommer 2016 zum Synonym für die Frage, wie willkommen chinesische Investitionen in Deutschland sind. Der Roboterhersteller Kuka gilt als Schlüsselspieler der deutschen „Industrie 4.0“. Dass der chinesische Konzern Midea den Aktionären ein attraktives Übernahmeangebot machte, schürte Befürchtungen, die Chinesen könnten sich deutsches Kern-Know-how sichern, nicht nur von Kuka selbst, sondern auch von Kunden wie Daimler oder Siemens, die in ihren Werken mit Kuka-Robotern produzieren.

Die Bundesregierung bemühte sich hinter den Kulissen, ein deutsches Konsortium zusammenzustellen, um ein Gegenangebot vorzulegen und die deutsche Kontrolle über Kuka zu sichern. Auch die Drohung, Berlin könne die Übernahme durch eine langwierige Prüfung um Jahre verzögern, wurde gestreut. Kritiker warfen der Bundesregierung – insbesondere Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel – vor, sich auf das Terrain des Protektionismus zu begeben und damit den zentralen Grundsatz deutscher Wirtschaftspolitik zu verletzen, das Bekenntnis zu freien Märkten. Doch kann Deutschland an diesem Grundsatz gegenüber einer Wirtschaftsgrößmacht festhalten, die selbst große Teile ihres Marktes abschottet?

Gabriels Vorstoß sorgte in Peking für schwere Irritationen, scheiterte letztlich aber daheim am taktischen Desinteresse der deutschen Großindustrie sowie am deutschen Aktienrecht. Wie Midea künftig als Kuka-Hauptaktionär agieren wird, bleibt abzuwarten. Die Diskussion, wo angesichts Chinas offensiver Expansion auf die Weltmärkte die Linie zwischen effektiver Standortsicherung und Protektionismus verlaufen sollte, dürfte das deutsch-chinesische Verhältnis aber auch künftig begleiten und belasten.

Beispiel 2: Marktwirtschaftsstatus

Ähnliche Sorgen stehen im Zentrum der Debatte um Chinas Anerkennung als Marktwirtschaft, die Peking von der EU im Dezember 2016 verlangt. Ihren

Anspruch leiten die Chinesen aus dem Beitrittsprotokoll zur Welthandelsorganisation (WTO) von 2001 ab. Der Marktwirtschaftsstatus würde es europäischen Firmen erschweren, sich gegen chinesisches Preisdumping zu wehren. Formell wird über Chinas Marktwirtschaftsstatus auf EU-Ebene entschieden; Deutschlands Haltung hat dabei jedoch wesentlichen Einfluss.

In Berlin wie in Brüssel herrscht Frustration, dass die Europäer nur die Wahl zwischen mehreren schlechten Alternativen haben. Rein inhaltlich besteht ein breiter Konsens, dass China die Voraussetzungen für eine Anerkennung als volle Marktwirtschaft nicht erfüllt. Unternehmen klagen über gravierende Asymmetrie zwischen den Wettbewerbsbedingungen, die ausländische Firmen in China und chinesische Unternehmen in Europa vorfinden, etwa bei der Rechtssicherheit, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge oder bei der Offenheit für Investitionen.

Gleichzeitig müssen Deutschland und die anderen Europäer jedoch anerkennen, dass China juristisch gute Argumente auf seiner Seite hat. Eine chinesische Klage vor dem WTO-Gericht gilt jedenfalls als zu riskant. Um einen Handelskrieg mit China zu verhindern, wird den Europäern kaum eine andere Wahl bleiben, als Chinas Wunsch weitgehend nachzugeben – und sich auf die Suche nach neuen Handelsschutzinstrumenten zu machen, die mit WTO-Recht kompatibel sind.

Beispiel 3: Südchinesisches Meer

Während China in der Frage des Marktwirtschaftsstatus auf die Einhaltung internationalen Rechts pocht, will es im Streit um die Hoheit im Südchinesischen Meer nichts von internationaler Gerichtsbarkeit wissen. Im Juli wies das Seeschiedsgericht in Den Haag einen großen Teil der chinesischen Territorialansprüche vor den Küsten der Philippinen und Vietnams ab. Obwohl China der UN-Seerechtskonvention beigetreten ist, will es sich dem Urteil nicht beugen. Der Konflikt mit den Nachbarstaaten und der Pazifikmacht USA droht zu eskalieren.

Zwar ist man in Deutschland froh, nicht unmittelbar in die Auseinandersetzung verwickelt zu sein. Gleichzeitig muss Berlin aber auch machtlos zusehen,

wie in Ostasien ein Konflikt schwelt, der das Potenzial hat, eine der wirtschaftlich wichtigsten Weltregionen zu destabilisieren. Zudem zeigt Chinas fundamentale Ablehnung des Den Haager Schiedsspruchs, wie schwierig es ist, das Land in internationale Governance-Strukturen einzubinden. Genau daran aber hat Deutschland ein elementares Interesse.

Szenarien für Chinas Entwicklung

Die aktuellen Diskussionen zeigen nicht nur, wo mögliche Spannungsfelder in den deutsch-chinesischen Beziehungen liegen. Mindestens ebenso wichtig wie die konkreten Einzelfälle ist die allgemeine Verunsicherung, wohin sich China entwickelt. Lange – aus heutiger Sicht: zu lange – handelten Deutschlands Politik und Wirtschaft in der Annahme, das chinesische System würde sich mittelfristig dem westlichen annähern. Der Trend hin zu einer freieren Wirtschaft, stärkerer Rechtssicherheit, größerer internationaler Öffnung und auch einer gewissen politischen Liberalisierung schien unumkehrbar. Solchen Annahmen ist es etwa zuzuschreiben, dass die Europäer den Chinesen 2001 die Anerkennung als Marktwirtschaft innerhalb von 15 Jahren in Aussicht stellten. Sie gingen davon aus, dass es ganz von selbst so kommen würde.

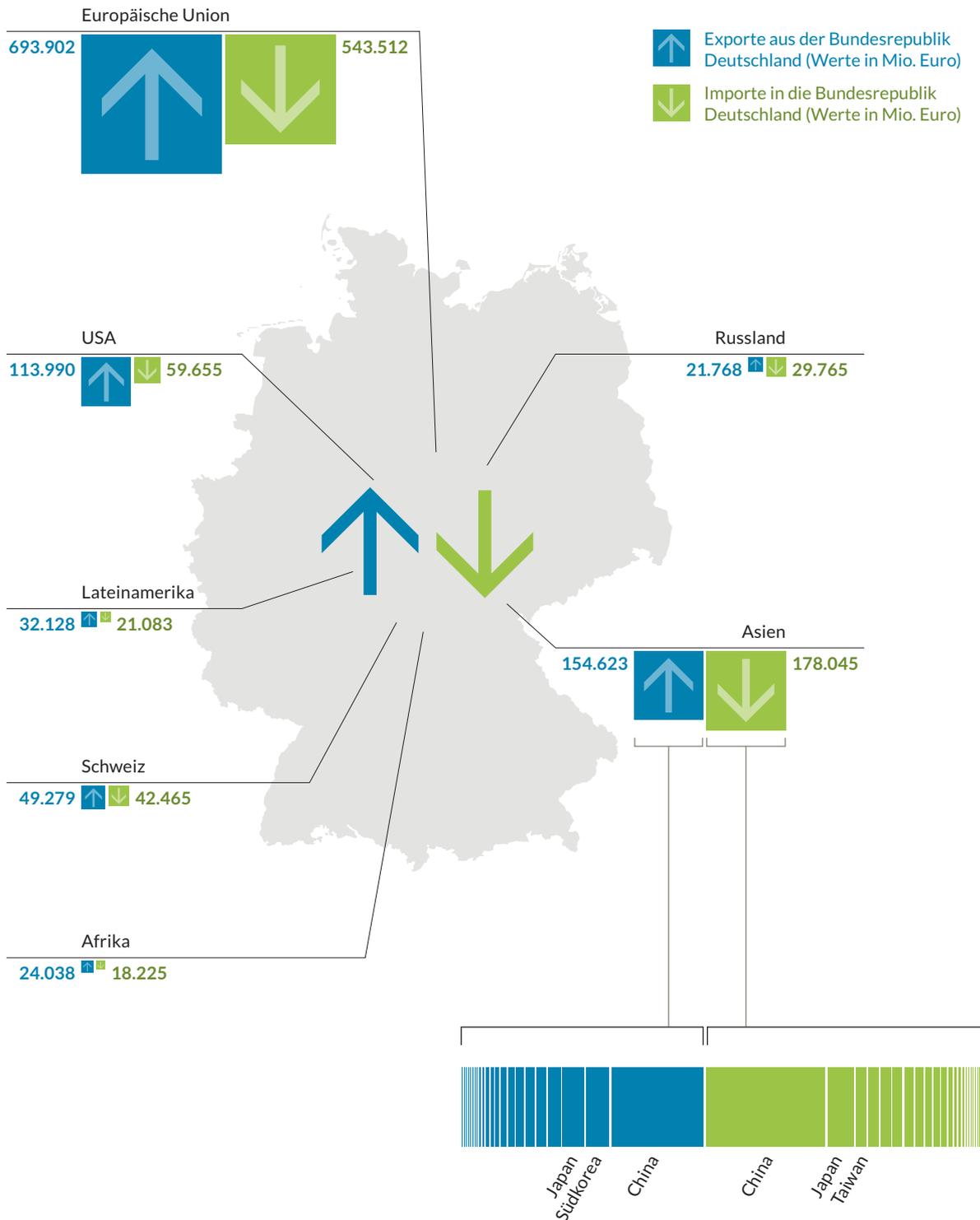
Doch spätestens seit dem Beginn der Ära Xi Jinping ist diese Gewissheit weitgehend verflogen. Stattdessen befindet sich China in einer Phase struktureller Umbrüche, mit ungewissem Ausgang. Wie gut oder schlecht China diese Transformation gelingt, wird auch die Beziehungen mit Deutschland prägen.

Um den Blick auf längerfristige Strategien zu lenken, hat die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit dem Fraunhofer Institut für Innovations- und Systemforschung Szenarien für das Jahr 2030 entwickelt.¹ Drei Szenarien erscheinen aus deutscher Sicht gleichermaßen bedenkenswert:

- Im „Status quo“-Szenario bleibt Chinas politisches und wirtschaftliches System weitgehend stabil. Für die deutsche Wirtschaft und Politik wäre China in diesem Szenario weiterhin ein schwieriger, aber einigermaßen berechenbarer Partner.

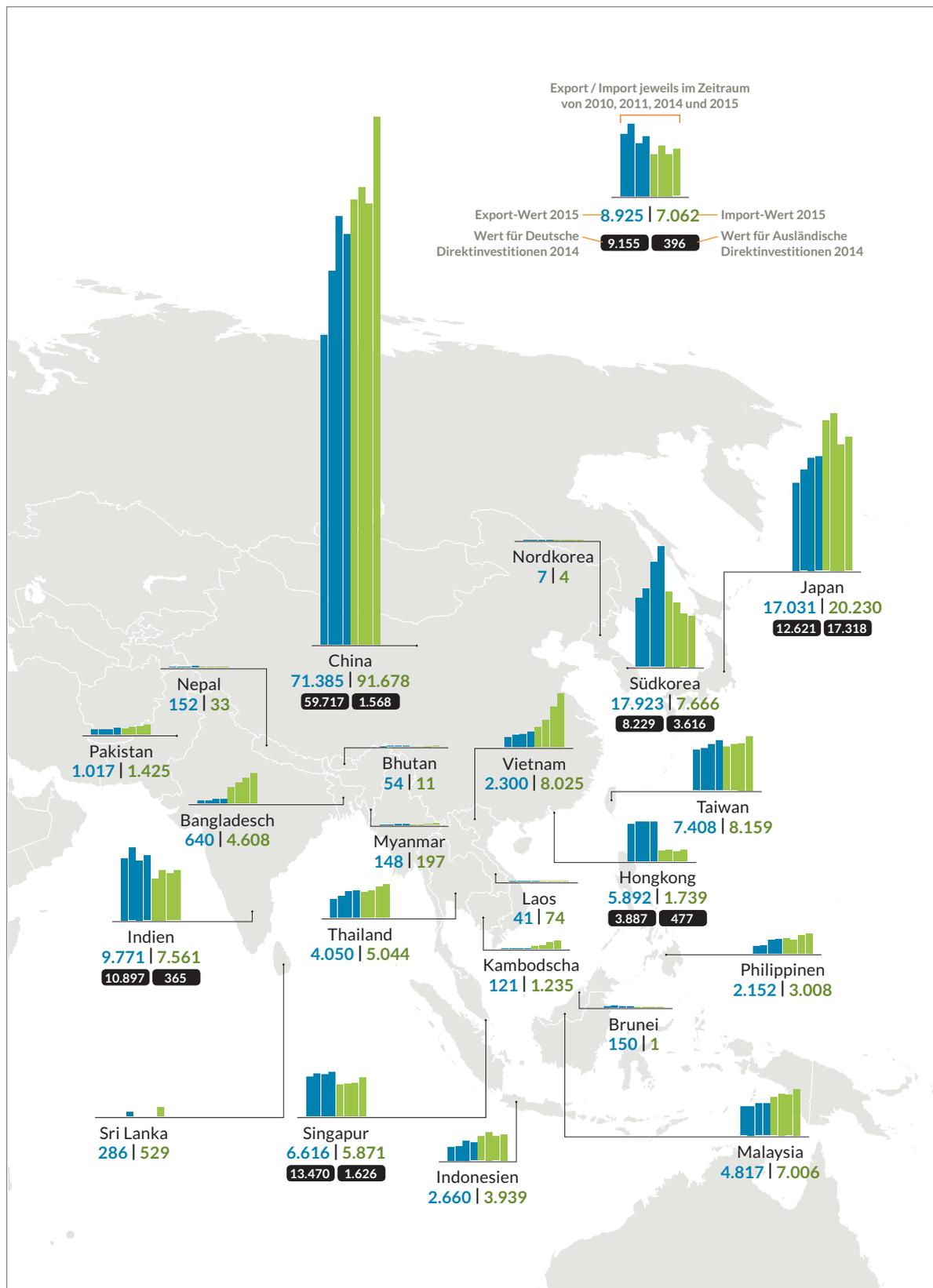
¹ „China 2030: Szenarien und Strategien für Deutschland“. Bertelsmann Stiftung, Juni 2016.

Exporte und Importe der Bundesrepublik Deutschland 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt, Außenhandel, Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, 2015

Bundesdeutsche Exporte und Importe in Asien



Quelle: Deutsche Bundesbank, „Bestandserhebung über Direktinvestitionen“, April 2016

- Im Szenario „Chinesischer Traum“ gelingt Chinas Regierung die Umsetzung ihrer ehrgeizigen Wirtschaftsreformen. Für Deutschland wäre das Land ein stärkerer wirtschaftlicher Wettbewerber, aber auch ein weiterhin wachsender Markt und stabiler politischer Partner.
- Im „Große Mauer“-Szenario eskalieren einige der aktuellen Probleme und treiben China, ähnlich wie Putins Russland, in die Isolation. Darunter würden auch das deutsch-chinesische Verhältnis und die deutsche Wirtschaft leiden.

Allen Szenarien ist gemein: Der Umgang mit China wird schwieriger. Gemein ist allen Szenarien aber auch: Deutschland kann von allen Entwicklungen profitieren, wenn Unternehmen und Politik rechtzeitig die richtigen Konsequenzen ziehen. Obwohl sich keine eindeutige Strategie für den Umgang mit China formulieren lässt, lassen sich mehrere Handlungsfelder identifizieren, die das deutsch-chinesische Verhältnis prägen werden.

Handlungsfelder der deutschen Chinapolitik

Internationale Governance

Egal, wie China sich entwickelt: Deutschland hat ein Interesse daran, China stärker in internationale Governance-Strukturen einzubinden, um dort bei globalen Fragen mehr Verantwortung zu übernehmen, etwa im Rahmen der G20, in diplomatischen Koalitionen zur Bewältigung aktueller Krisen oder in den Gremien der Vereinten Nationen. China formuliert offen den Anspruch, eine Führungsmacht zu werden, doch noch ist unklar, inwieweit es diese Rolle innerhalb der existierenden Strukturen finden kann oder dafür auf eigene Parallelinstitutionen setzt. China steht den etablierten Institutionen der globalen Governance skeptisch gegenüber, weil es sich dort nicht ausreichend repräsentiert fühlt. Chinesische Parallelstrukturen wie die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) oder die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit relativieren den Einfluss der traditionellen Institutionen. Inwieweit sich Deutschland an diesen chinesischen Initiativen beteiligen soll, ist diplomatisch eine sensible Frage. Einerseits hat Deutschland ein Interesse daran, die bisherigen Strukturen zu erhalten und zu stärken. Andererseits will es von den neuen Zusammenschlüssen nicht ausgeschlossen sein, falls diese sich durchsetzen sollten. Im Fall der AIIB hat Deutschland sich für eine Beteili-

gung an der chinesischen Infrastrukturbank entschieden, nicht zuletzt, um einen gewissen Einfluss auf ihre Entwicklung zu haben. Die Gründung der AIIB ist aber auch ein Beispiel dafür, wie es China gelingen kann, westliche Staaten gegeneinander auszuspielen, denn die USA versuchten bis zuletzt, die AIIB als ernste Alternative zu Institutionen wie der Weltbank oder der Asiatischen Entwicklungsbank zu verhindern.

Politische Allianzen

So sehr Berlin bisher von seinem Sonderverhältnis zu Peking profitiert und dieses aufrechtzuerhalten versucht, so wenig kann es sich langfristig auf diese bevorzugten Beziehungen verlassen. In allen Szenarien würde die Mittelmacht Deutschland in Zukunft davon profitieren, wenn es gegenüber China eine effektive, abgestimmte europäische Außenpolitik gäbe. Neben allen anderen guten Gründen, die EU zu schützen, ist der Aufstieg Chinas ein weiterer.

Chinas Entwicklung verändert das internationale Machtgefüge. Um darin gehört zu werden und seine Interessen abzusichern, ist Deutschland gut beraten, neue politische Koalitionen zu suchen, etwa mit anderen asiatischen Ländern. Das gilt ebenso für den Fall, dass Chinas weltweiter politischer und wirtschaftlicher Einfluss zunimmt wie für den Fall, dass China in Konfrontationen steuert. Neue Allianzen zu schmieden, ist jedoch mit Risiken behaftet. China verfolgt mit großem Argwohn, wo auf der Welt sich Bündnisse bilden, die ein Gegengewicht zum eigenen Bedeutungsgewinn darstellen können und womöglich Chinas Eindämmung zum Ziel haben.

Reformprozesse und Wertepolitik

Deutschland hat ein hohes Interesse an einem stabilen China mit einer handlungsfähigen Regierung. Dabei bedingen sich Stabilität und Reformen gegenseitig: In der Vergangenheit war Chinas Stabilität eine Grundvoraussetzung für die in vielen Bereichen erfolgreiche Reformpolitik. In der Zukunft wird sich die Stabilität aber nur durch weitere Reformen aufrechterhalten lassen. An ehrgeizigen, klug formulierten Erneuerungszielen ist in China kein Mangel. Allerdings herrscht aktuell große Unsicherheit, ob China tatsächlich auf einem guten Weg ist, diese Ziele auch zu erreichen, und zwar schnell genug, um mit den wachsenden Problemen Schritt zu halten.

Deutschland hat Chinas Reformpolitik in der Vergangenheit in vielen Bereichen unterstützt und

sollte dies auch weiterhin tun. Dazu gehört allerdings auch die Erkenntnis, dass die Reformkräfte in China nicht nur in der Regierung sitzen. Bürgerrechtler oder kritische Journalisten werden regelmäßig Opfer von Repressionen; sie offen zu unterstützen, ist politisch riskant, weil Chinas Regierung dies als Einmischung in innere Angelegenheiten betrachtet. Sie nicht zu unterstützen, birgt seinerseits das Risiko, Reformen in China eher zu behindern als zu fördern. Denn alle Szenarien, die von erfolgreichen Reformen ausgehen, zeigen: Eine positive Entwicklung ist kaum denkbar ohne verbesserte Rechtssicherheit, ein freiheitliches Wertesystem und eine gewisse digitale Öffnung.

Die Balance zwischen Wertepolitik und Interessenpolitik zu halten, gehört zu den schwierigsten Aufgaben der deutschen Politik im Umgang mit China. Die deutsche Öffentlichkeit erwartet, dass die Politik gegenüber der chinesischen Regierung westliche Werte wie Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit offensiv verteidigt. Chinas Regierung wehrt sich gegen westliche Belehrungen und sanktioniert Länder, die sich zu sehr in Chinas interne Angelegenheiten einmischen. Den sensiblen Balanceakt, eigene Werte zu verteidigen, ohne wirtschaftliche oder politische Interessen zu gefährden, werden deutsche Diplomaten in allen wahrscheinlichen Szenarien auch in Zukunft bewältigen müssen.

Innovation

Unabhängig davon, wie sich China entwickelt: Der Wettbewerb um Innovation ist ein Schlüssel für Deutschlands Zukunftsfähigkeit. Deutschland verdankt seine wirtschaftliche Stärke der Innovationskraft seiner Unternehmen. Diesen Wettbewerbsvorteil zu erhalten, hat Deutschland überwiegend selbst in der Hand. Doch die Konkurrenz wird härter. China investiert riesige Summen, um zu den Innovationsführern aufzuschließen, gerade auch in Branchen, in denen Deutschland traditionell erfolgreich ist, etwa Maschinenbau, erneuerbare Energien oder alternative Automobilantriebe.

Bisher ist dieser Plan nur punktuell erfolgreich, doch in einigen Branchen wie Telekommunikationstechnologie oder Hochgeschwindigkeitszügen gehört China schon heute mit zu den Weltmarktführern. In jedem Fall zwingt die neue Konkurrenz die deutsche Industrie, selbst schneller, besser und mehr zu entwickeln, um den Innovationsvorsprung von „Made in

Germany“ zu halten. Die deutsche Politik muss dafür bildungspolitisch die richtigen Weichen stellen. Sollte es China gelingen, sich in wichtigen Branchen als Innovationsführer zu etablieren, wäre das Land für die deutsche Wirtschaft nicht nur ein ernstzunehmender Konkurrent, sondern auch ein Standort, der große Chancen bietet. Um an Chinas Innovationskraft teilzuhaben und seine klugen Köpfe zu nutzen, müssten deutsche Unternehmen chinesische Mitarbeiter und Forschungszentren zu einem integralen Teil ihrer globalen Entwicklungsstrategie machen.

„First Mover“ hätten dabei große Vorteile. Doch bisher trauen sich nur wenige deutsche Unternehmen, Kern-Know-how nach China zu transferieren. Denn auszahlen dürfte sich ein solcher Schritt nur, wenn in der Volksrepublik ein wettbewerbsrechtliches „Level playing field“ existiert, auf dem geistiges Eigentum effektiv geschützt und offener Marktzugang gewährt wird. Diese Voraussetzung ist nur in den sehr reformoptimistischen Entwicklungsszenarien gegeben.

Freihandel und Investitionen

Freier Handel ist für Deutschland als Exportnation ein Kerninteresse. China wird ein wichtiger Absatzmarkt für deutsche Produkte bleiben. In welcher Form sich Deutschland für den weiteren Abbau von Handelsbarrieren einsetzen kann, hängt von der Entwicklung des weltweiten Handelsregimes ab. Im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) scheinen neue Durchbrüche derzeit unwahrscheinlich. Deutschland sollte deshalb auf weitere europäische Freihandelsabkommen (FTA) hinarbeiten, um zu verhindern, dass deutsche Exporteure durch andere bilaterale oder regionale FTAs benachteiligt werden. Dazu könnte ein europäisch-chinesisches FTA gehören, insbesondere eines, das auch nichttarifäre Handelshemmnisse abbaut.

Chinesische Auslandsinvestitionen nehmen zu und solange das Land wirtschaftlich prosperiert, dürfte dieser Trend weiter anhalten. Hinter den Investitionen steht einerseits der Wunsch, Devisen gewinnbringend anzulegen, etwa in Immobilien. Andererseits sind sie Teil der Strategie, chinesische Weltkonzerne aufzubauen, etwa durch die Übernahme erfolgreicher westlicher Unternehmen. Vor allem letzteres ist nicht unumstritten.

Wie groß die politischen und wirtschaftlichen Vorbehalte in Zukunft sein werden, hängt maßgeblich

davon ab, wie positiv oder negativ China auf der internationalen Bühne wahrgenommen wird. Grundsätzlich hat Deutschland aber ein Interesse daran, chinesisches Kapital anzuziehen und seine Attraktivität durch Bürokratieabbau und verstärkte Standortwerbung zu erhöhen.

Fazit

China und Deutschland sind füreinander Schlüsselpartner. Die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verbindungen sind heute so eng wie nie zuvor. Das ist gut, denn Deutschland und China brauchen einander: als Märkte und faire Wettbewerber, als politische Verbündete bei der Lösung globaler Herausforderungen, als gesellschaftliche Inspirationsquellen.

Die immer enger werdenden Verbindungen bedeuten aber auch: Noch nie stand so viel auf dem Spiel. Dass die deutsche und die chinesische Wirtschaft sich nicht mehr nur komplementär ergänzen, sondern zunehmend Konkurrenz entsteht, ist eine natürliche Entwicklung. Auch politische Interessengegensätze sind vorprogrammiert. Gleichzeitig stehen sowohl China als auch Deutschland unter gewaltigem Reformdruck. Der Stress, der dadurch in den Systemen entsteht, ist auch in den bilateralen Beziehungen spürbar.

Man sollte Konflikte nicht herbeireden. Genau so wenig sollte man sie aber ignorieren. Deutschland sollte sich darauf einstellen, künftig mit China auch Auseinandersetzungen führen zu müssen, die härter sein werden als in der Vergangenheit. Bisher sind solche Konflikte in den deutsch-chinesischen Beziehungen kaum eingeübt. Die Herausforderung wird darin bestehen, Strukturen zu schaffen, um Konflikte aushalten und so weit isolieren zu können, dass sie nicht andere Bereiche der Beziehungen belasten. Dafür ist es notwendig, das Bewusstsein für die eigenen Interessen zu schärfen und Instrumente zu entwickeln, um diese möglichst auch durchsetzen zu können. Das mag schmerzhaft sein, weil es die Harmonie bedroht und immer wieder zu der Erkenntnis führt, dass Deutschlands Handlungsmöglichkeiten gegenüber China beschränkt sind. Aber die deutsch-chinesischen Beziehungen sind eben kein Panda-Zoo.

Weiterführende Literatur:

„China 2030: Szenarien und Strategien für Deutschland“. Bertelsmann Stiftung, Juni 2016.

Zu dieser Studie stellt die Bertelsmann Stiftung ein Online-Tool zur Verfügung. Damit können die Nutzer ihre persönlichen Zukunftserwartungen mit den Szenarien der Experten vergleichen: <https://china-szenarien.bertelsmann-stiftung.de>

„More than a Market – How German Companies are growing roots in Chinese society“. Bertelsmann Stiftung, Mai 2016.

„Wirtschaft im Abschwung? Der Blick Asiens auf China“. Asia Policy Brief von Jabin T. Jacob. Bertelsmann Stiftung, April 2016.
Link: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/wirtschaft-im-abschwung-asiens-blick-auf-china-1/>.

Zuletzt erschienen:

Asia Policy Brief | April 2016

Wirtschaft im Abschwung?

Asiens Blick auf China

Jabin T. Jacob

Asia Policy Brief | Dezember 2015

Modis Reformagenda:

Wie realistisch ist ein Wandel in Indien?

Milan Vaishnav

Asia Policy Brief | Oktober 2015

Chinas Vertrauensfrage: Harte oder smarte

Landung – womit müssen wir rechnen?

Bernhard Bartsch

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Stephan Vopel
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Peter Walkenhorst
peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de

Wenn Sie Rückfragen haben oder den „Asia Policy Brief“ abonnieren möchten, schreiben Sie bitte an asien@bertelsmann-stiftung.de.

Alle Ausgaben des „Asia Policy Brief“ finden Sie auf unserer Website www.bertelsmann-stiftung.de/asien unter „Kurzanalysen zu aktuellen Themen“

ISSN 2364-8554